

50. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Frühlingssession 2024



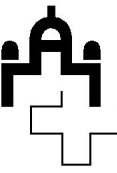
-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

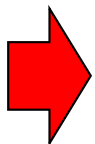
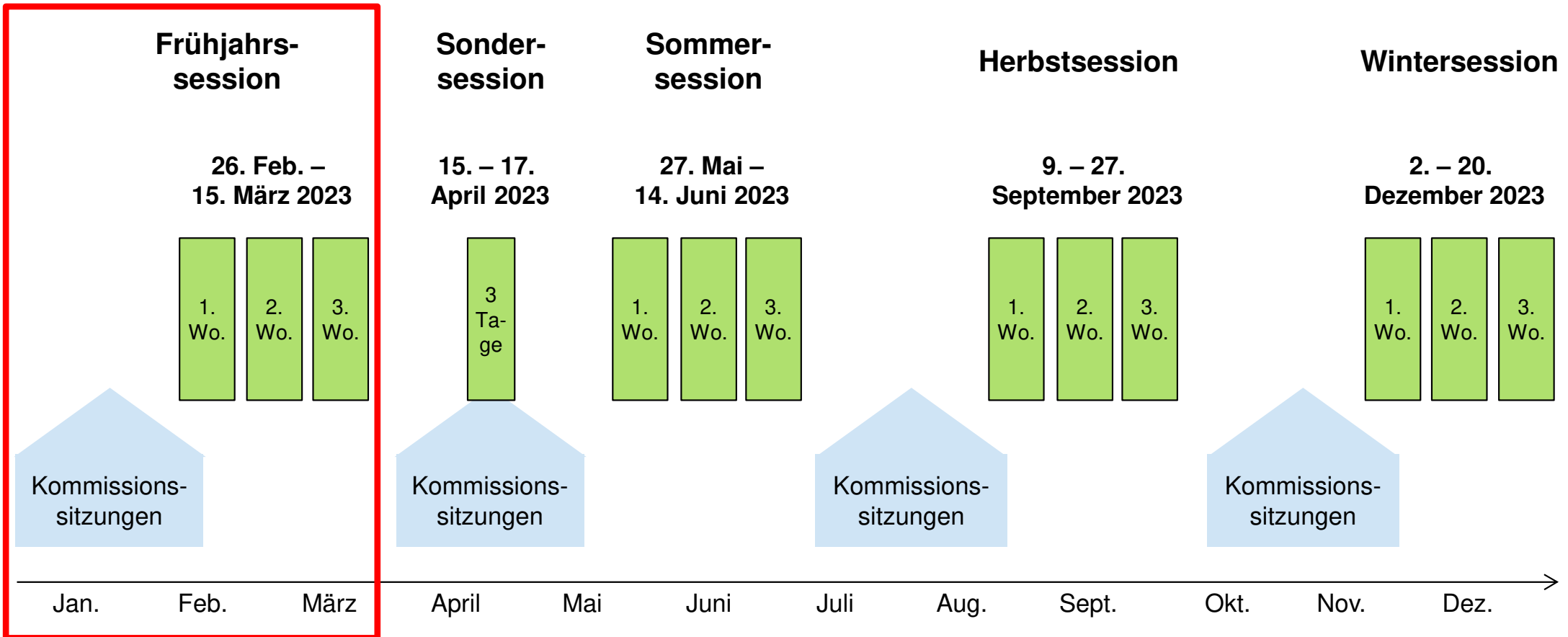
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

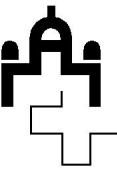
4. Aktualitäten



In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Frühlingsession und andere wichtige politische Entwicklungen

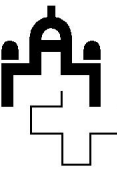


Zusätzlich zu den Sessions und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen

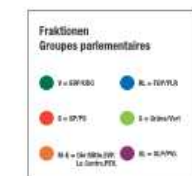




Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der SP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die FDP und die SVP



| | |
|------------|----|
| SVP: | 67 |
| SP: | 41 |
| Die Mitte: | 31 |
| FDP: | 28 |
| Grüne: | 23 |
| GLP: | 10 |



8 Stimmzähler

Präsident (SP)

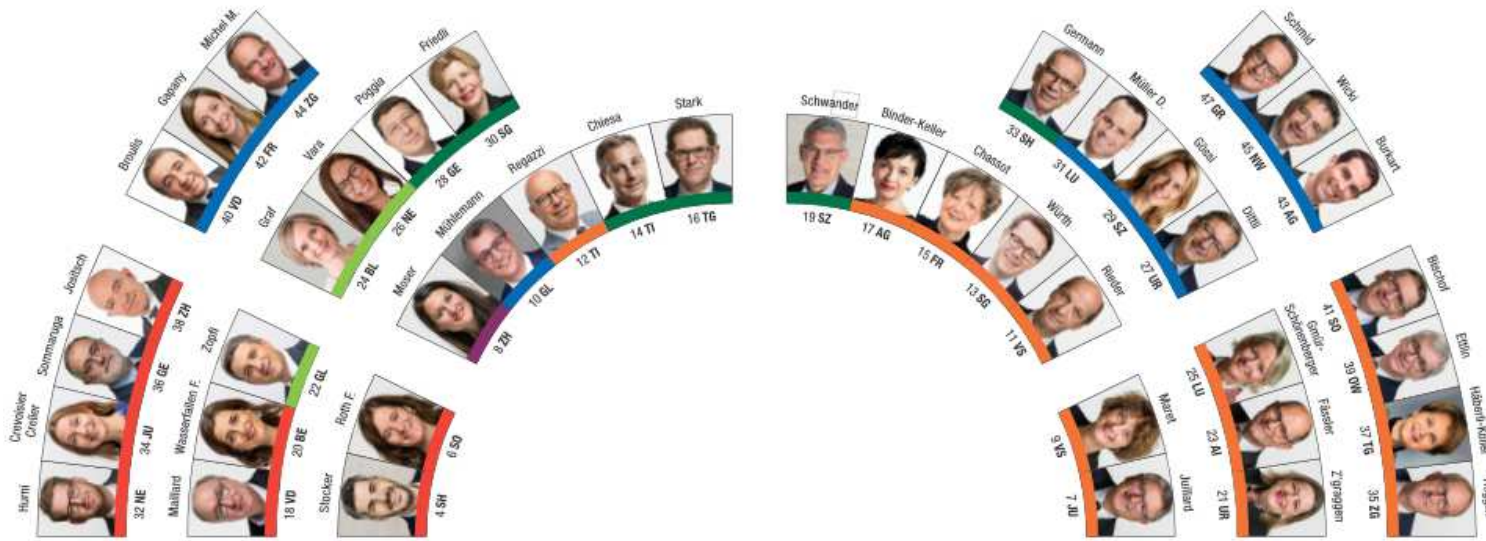
1. Vizepräsidentin (FDP)

2. Vizepräsident (SVP)

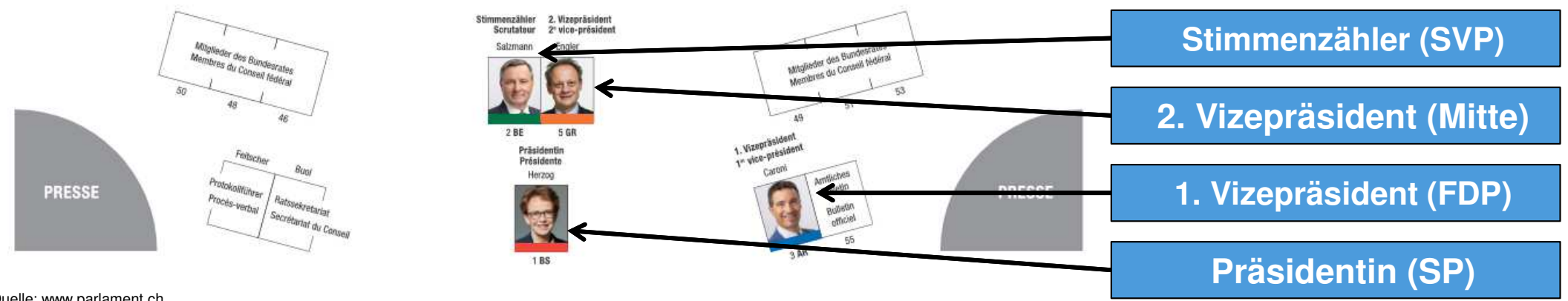
Quelle: www.parlament.ch

TA / 15. März 2024

Der Ständerat wird durch eine Vertreterin der SP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die FDP und die Mitte



| | |
|------------|----|
| Die Mitte: | 15 |
| FDP: | 11 |
| SP: | 9 |
| SVP: | 7 |
| Grüne: | 3 |
| GLP: | 1 |



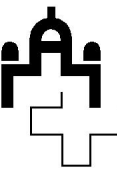
Quelle: www.parlament.ch

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

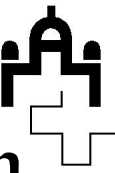
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Frühlingsession 2024 und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Verhandlungsmandat Schweiz-EU
- 2 «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeits-Initiative)»
- 3 «Asyl-Chaos stoppen! (Grenzschutz-Initiative)»
- 4 Tiefrote Bundesfinanzen
- 5 Bundesgesetz über die Krankenversicherung (23.048)
- 6 Völkerrechtliche Grundlagen für Reparationszahlungen an die Ukraine (23.3264, 23.3265, 23.3266, 23.3267, 23.3268)
- 7 Diverse weitere Geschäfte



Trotz Abbruch der Verhandlungen über institutionelle Fragen im Mai 2021, folgt nun ein fast identisches Verhandlungsmandat



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

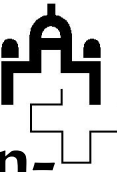
Der Bundesrat
Le Conseil fédéral
Il Consiglio federale
The Federal Council

Medienmitteilung

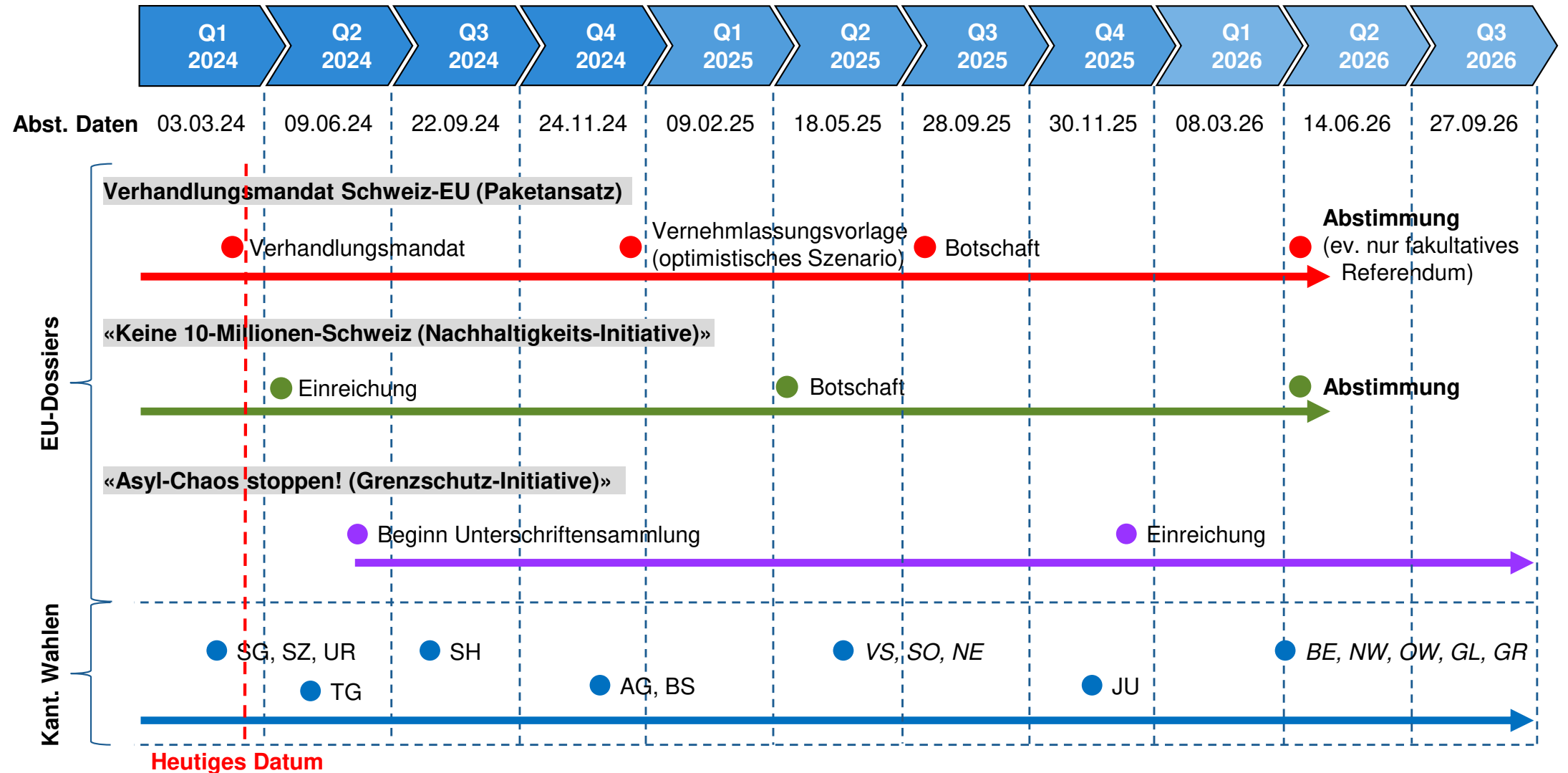
Bern 08.03.2024
Sperrfrist bis zum Beginn der Medienkonferenz

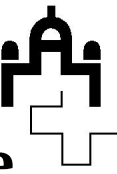
Beziehungen Schweiz–EU: Der Bundesrat verabschiedet das endgültige Verhandlungsmandat

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 8. März 2024 das endgültige Mandat für die Verhandlung mit der Europäischen Union (EU) verabschiedet. Das verabschiedete Mandat berücksichtigt die Ergebnisse der Konsultation der Aussenpolitischen Kommissionen (APK) und anderer interessierten Kommissionen des Parlaments, der Kantone sowie die Stellungnahmen der Sozial- und Wirtschaftspartner. Die Verhandlungen beginnen, sobald die Europäische Kommission über ihr endgültiges Mandat verfügt, voraussichtlich im Laufe des Monats März 2024.



Bald stimmt das Schweizer Volk über die VI «Keine 10-Millionen-Schweiz» ab – und die VI «Asyl-Chaos stoppen!» ist startbereit





Am Mittwoch, 3. April 2024 wird die eidg. Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeits-Initiative)» eingereicht

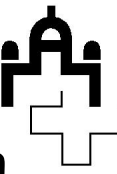
Nachhaltigkeits-Initiative **Keine 10-Millionen- Schweiz!**



Infolge der unkontrollierten Einwanderung in unser Land droht uns demnächst die 10-Millionen-Schweiz. Nach dem Zustrom von netto 180'000 Personen im letzten Jahr (2022) – was der Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt entspricht – muss jetzt endlich gehandelt werden, weil eine 10-Millionen-Schweiz unsere Infrastruktur überfordert, unsere Gesundheitsversorgung und die schweizerischen Sozialversicherungen überlastet, unsere Natur zerstört und die Mieten noch mehr in die Höhe treibt.

Da die Politiker in Bern nichts unternehmen, muss jetzt die Bevölkerung handeln. Unterschreiben auch Sie unsere Volksinitiative und sagen Sie ...

- ✓ **JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Zuwanderung.**
- ✓ **JA zu einer Schweiz, deren ständige Wohnbevölkerung 10 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreitet.**
- ✓ **JA zum Schutz der Umwelt und der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.**



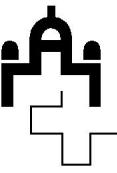
Das Asyl-Chaos kostet uns alleine auf Bundesebene 4 Milliarden Franken – aber auch die Kriminalität explodiert

- Statt die Asylnmigration zu stoppen, schaut auch der neue Justizminister Beat Jans (SP) dem Asyltreiben zu. **Kosten und Kriminalität explodieren.** Auch 2024 werden 30'000 neue Asylanten erwartet. Die Die SVP fordert **Grenzkontrollen** und **kein Asyl mehr für Asylanten, die aus sicheren Drittstaaten in die Schweiz kommen.**
- Die Folgen des Asyl-Chaos tragen die Kantone, Gemeinden und vor allem die Schweizer Bevölkerung. Zehntausende Afrikaner und junge Männer aus muslimischen Ländern kommen als Asylanten und bleiben in der Regel hier. Kosten und Kriminalität explodieren. 2021 gab der Bund für den Asylbereich 1,5 Milliarden Franken aus. 2023 waren es **4 Milliarden.** Das sind **1'800 Steuerfranken für einen 4-Personen-Haushalt!** Hinzu kommen die Kosten bei den Gemeinden und Kantonen. Und: Es vergeht kaum mehr ein Tag ohne Gewalt- und Sexualdelikte, Einbrüche und Diebstähle.

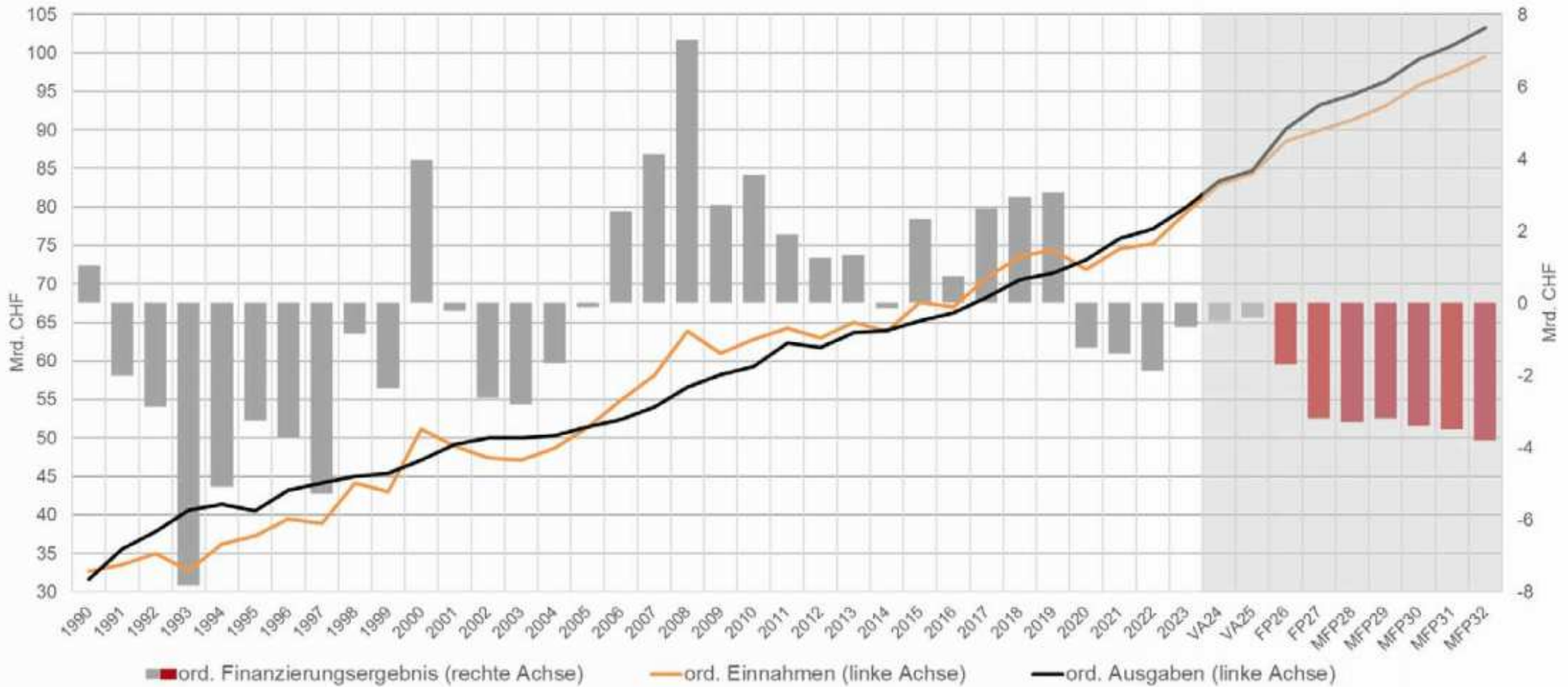


Auch Beat Jans schaut zu: Erst die eidg. Volksinitiative «Asyl-Chaos stoppen! (Grenzschutz-Initiative)» beendet das Asyl-Chaos!

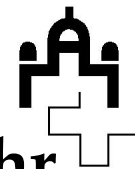
- Ob systematische Grenzkontrollen oder Asyl-Chaos stoppen: Einmal mehr verweigert die Mitte-links-Mehrheit im Bundeshaus griffige Massnahmen gegen die illegale Zuwanderung. Besonders enttäuschend: Auch für Bundesrat Beat Jans hat die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung nicht oberste Priorität. **Diese Verweigerungshaltung zeigt klar: Die Volksinitiative der SVP «Asyl-Chaos stoppen! (Grenzschutz-Initiative) ist dringend nötig.**
- In der aktuellen Frühlingssession lehnten die anderen Parteien folgende Vorstösse der SVP ab:
 - Motion 23.4472 / 23.4448 «Schutz der Schweizer Landesgrenzen» - Einreisende werden an der Schweizer Landesgrenze systematisch kontrolliert. Personen ohne gültigen Aufenthaltstitel oder anderweitiger Einreiseberechtigung wird keine Einreise gewährt.
 - Motion 23.4401 / 23.4534 «Kein Asyl für Staatsbürger aus Europaratsstaaten». Europaratsstaaten – dazu zählt auch die Türkei – sind der Europäischen Menschenrechtskommission unterstellt und gelten international als Rechtsstaaten. Trotzdem befinden sich aktuell 7'471 Personen aus der Türkei in der Schweiz im Asylprozess. Offenkundig missachtet das Staatssekretariat für Migration (SEM) in der Praxis systematisch die eigenen Rechtsgrundsätze.
- Besonders enttäuschend ist die Haltung von SP-Asylminister Beat Jans. Mit Verweis auf das Schengen-Abkommen gab er an, für systematische Grenzkontrollen würden die rechtlichen Voraussetzungen fehlen. Diese Argumentation ist völlig absurd, zumal die Nachbarländer der Schweiz und andere EU-Staaten schon längst wieder Grenzkontrollen eingeführt haben.



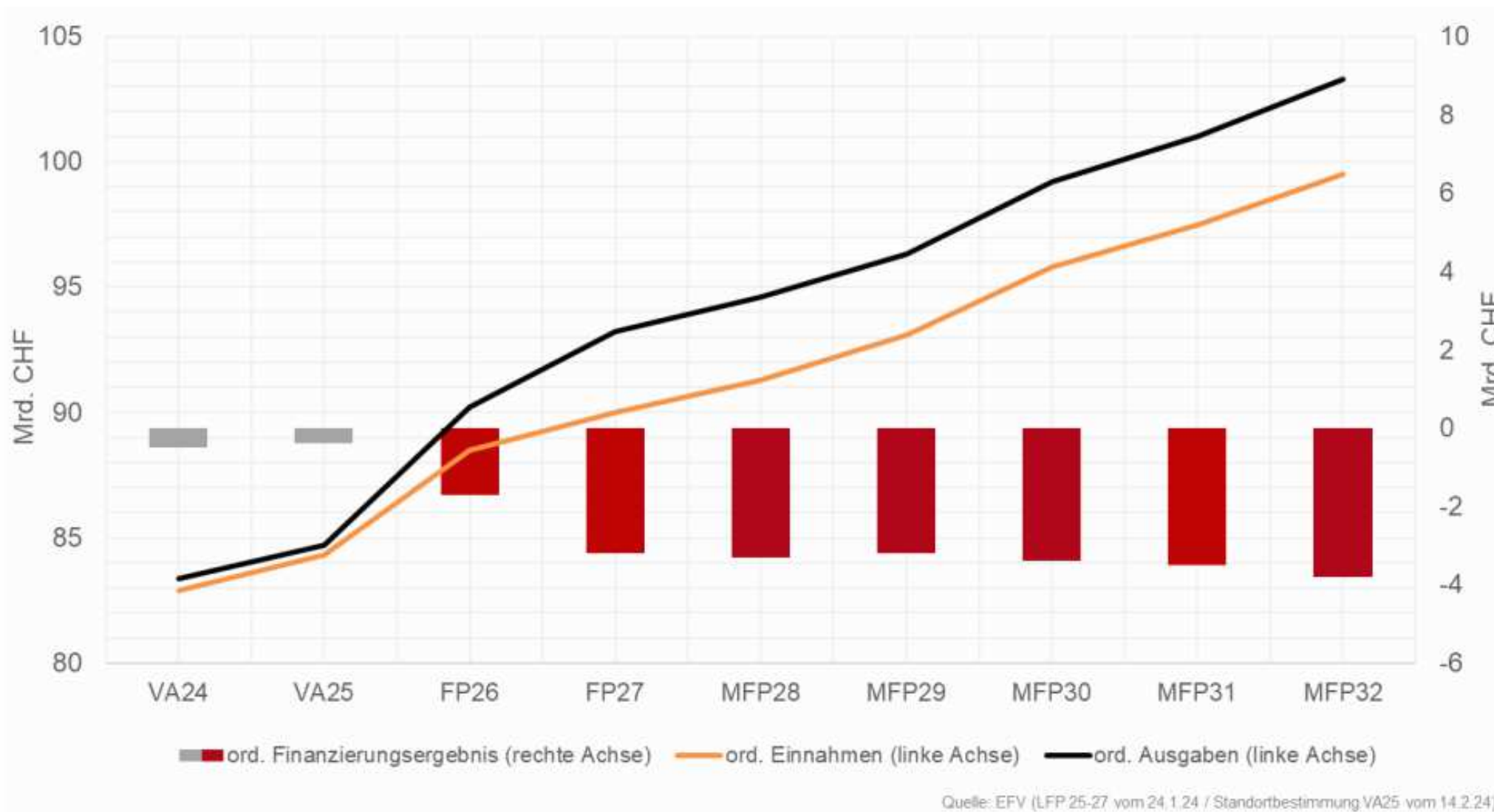
Bereits der ordentliche Bundeshaushalt schreibt hohe Defizite – dazu kommen ausserordentliche Ausgaben in Milliardenhöhe!

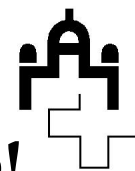


Quelle: EFV (LFP 25-27 vom 24.1.24 / Standortbestimmung VA25 vom 14.2.24)

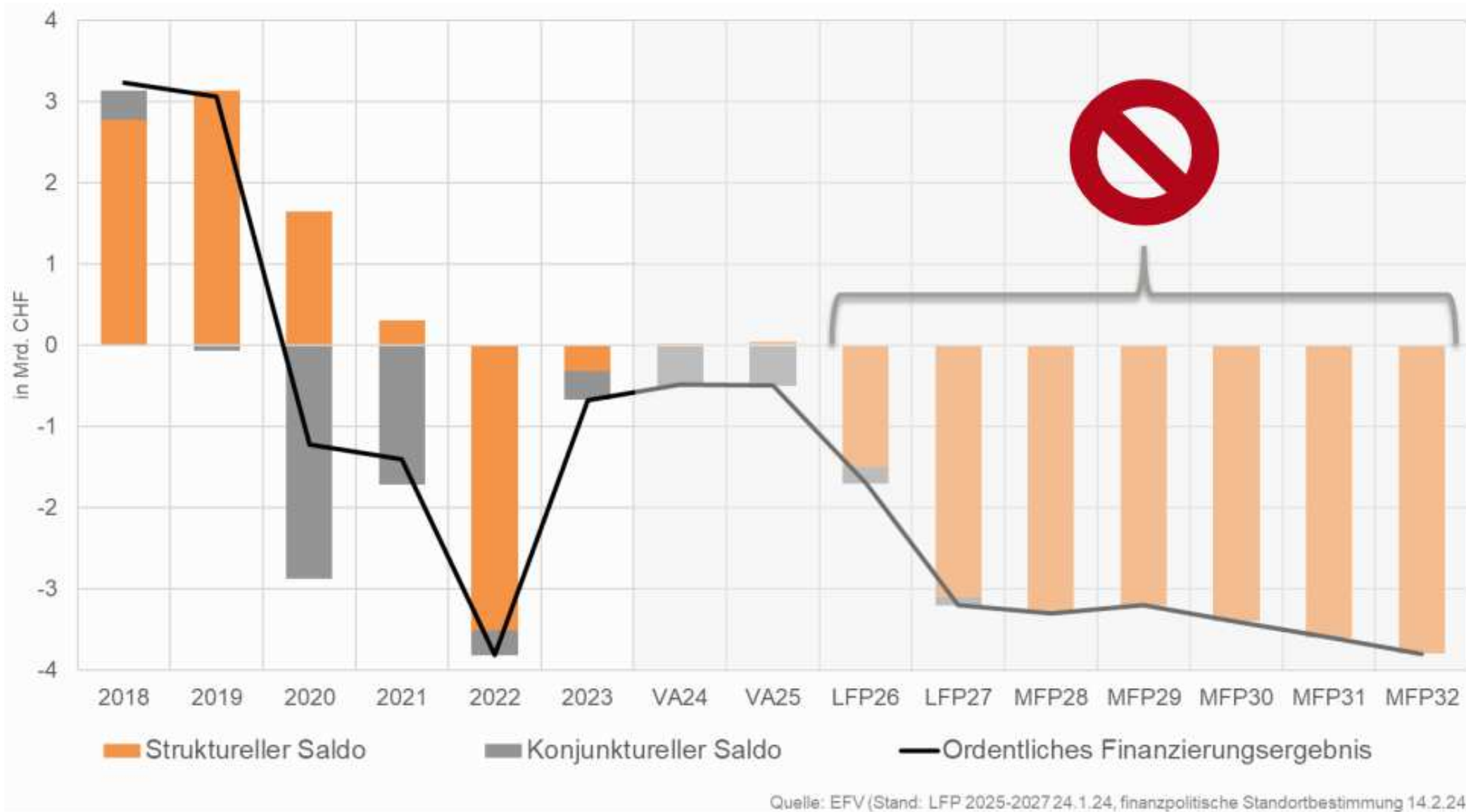


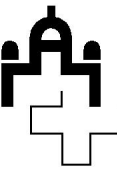
Ab dem Jahr 2026 ist das geplante Ausgabenwachstum nicht mehr finanziert: Der Bund müsste dringend die Ausgaben reduzieren





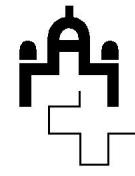
Entsprechend droht ab 2026 die Verletzung der Schuldenbremse!





Trotz den roten Zahlen blieb ein SVP-Antrag, die Entwicklungshilfe auf jährlich 2 Milliarden Franken zu begrenzen, chancenlos

- Die Motion „22.3958 | Begrenzung der Entwicklungshilfe (APD) auf 2 Milliarden Franken jährlich“ der SVP forderte, dass die Ausgaben der Entwicklungshilfe auf den Stand von 2006 beziehungsweise jährlich 2 Milliarden Franken begrenzt werden.
- Damit soll dem ungebremsten Ausgabenwachstum des Bundes entgegengewirkt werden.
- Die Motion wurde mit 118 zu 74 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt und ist somit vom Tisch.

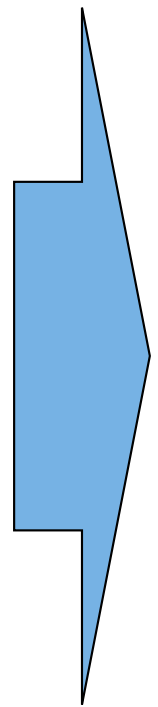
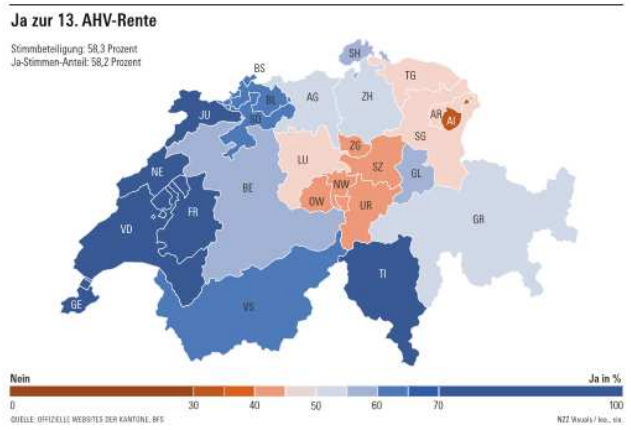


Und wie sollen die jährlich fünf Milliarden Franken für die 13. AHV-Rente finanziert werden?

Der Streit ums Geld geht erst los

Das Volk stimmt deutlich für die Erhöhung der AHV-Renten – damit ist die Sache aber noch nicht erledigt

In der Schweiz erhalten alle Pensionierten ab 2026 höhere Renten. Wie sie finanziert werden, ist umstritten: höhere Steuern, höhere Lohnabzüge – oder doch ein höheres Rentenalter? Die Fronten sind verhärtet.



Communiqué der SVP Schweiz vom 3. März 2024:

Die Kassen des Bundes sind schon jetzt leer. Gleichzeitig verschleudert Mitte-links Milliarden Franken ins Ausland: Asyl und Status S (4 Milliarden), Entwicklungshilfe (rund 4 Milliarden pro Jahr), Ukraine (6 Milliarden geplant). Die Geldverschwender von Mitte-links müssen jetzt gestoppt werden. **Die Mehrkosten für die AHV-Initiative sind im Bundeshaushalt einzusparen: Das Asyl-Chaos ist zu stoppen, die Entwicklungshilfe zu kürzen und der Status S aufzuheben.**

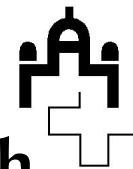
Paul Rechsteiner mit überraschendem Vorschlag

Hier will der Vater der 13. AHV-Rente das Geld hernehmen

Die 13. AHV-Rente könne aus frei werdenden Mitteln der Arbeitslosenversicherung finanziert werden, sagt der Vater der Initiative, der ehemalige Gewerkschaftsboss und alt Ständerat Paul Rechsteiner. Er schwimmt tatsächlich im Geld.

Wegen «riesigen Kosten»

Mitte-Chef Pfister schlägt befristete Steuererhöhung vor



Der Ständerat lehnt es ab, die Kosten im Gesundheitswesen nach Nationalität auszuweisen

Geltendes Recht

Bundesrat

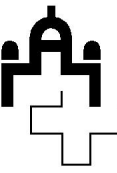
Nationalrat

Art. 23 Statistiken

¹ Das Bundesamt für Statistik erarbeitet die notwendigen statistischen Grundlagen zur Beurteilung von Funktions- und Wirkungsweise dieses Gesetzes. Es erhebt zu diesem Zweck bei den Versicherern, den Leistungserbringern und der Bevölkerung die notwendigen Daten.

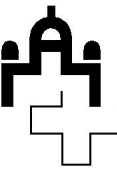
Art. 23

^{1bis} Insbesondere erhebt das Bundesamt für Statistik die nach Leistungsart und nach Leistungserbringer aggregierten Kosten der versicherten Personen nach Nationalität.



Die anderen Parteien wollen eingefrorene russische Vermögen oder «staatsnahe Gelder» enteignen

- Fünf identische Motionen von FDP, Mitte, SP, Grünen und Grünliberalen fordern vom Bundesrat, dass eingefrorene russische Vermögen oder «staatsnahe Gelder» enteignet werden können und der Ukraine in Form von Reparationszahlungen überwiesen werden sollen.
- Dazu soll der Bundesrat auf internationaler Ebene aktiv werden, um die völkerrechtlichen Grundlagen und Mechanismen zu schaffen.
- Der Ständerat nahm die Vorstösse mit 21 zu 19 Stimmen bei 3 Enthaltungen an. Da zuvor der Nationalrat diesen Motionen bereits zustimmte, muss der Bundesrat nun eine Vorlage ausarbeiten.



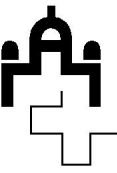
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/16): Migrationspolitik

Weitere 300
Millionen
Franken für
Schengen-
Grenzschutz

Prüfung einer
Zuwanderungs-
abgabe

Keine Wiederein-
führung der
Grenzkontrollen

- Die Sicherung der Aussengrenze des Schengen-Raums wird mit Mehrjahresplänen finanziert. Für den Zeitraum 2021-2027 muss die Schweiz rund 300 Millionen Franken für diesen Schutz bereitstellen (23.059). Der Nationalrat hat bereits in der Wintersession 2023 für die Vorlage gestimmt, gegen den Willen der SVP. Der Ständerat hat sich nun ebenfalls für die Vorlage ausgesprochen. In der Schlussabstimmung nahmen beide Räte die Vorlage mit 100 zu 66 Stimmen bei 25 Enthaltungen beziehungsweise mit 39 zu 5 Stimmen an.
- Der Bundesrat muss die Einführung und die Auswirkungen einer Zuwanderungsabgabe beziehungsweise eines ähnlichen Steuerungsinstrument prüfen (23.4365). Eine solche Steuer könnte den hohen Zuwanderungsbedarf decken und die Attraktivität der Schweiz für wenig Qualifizierte verringern. Der Bundesrat wird nun darüber Bericht erstatten.
- Der Nationalrat will nichts unternehmen, um die Grenzen besser zu schützen. Mit 119 zu 66 Stimmen bei 4 Enthaltung lehnte der die Motion (22.4398) von Nationalrat Andreas Glarner (SVP/AG) ab, welche den Bundesrat beauftragt, die Rechtsgrundlagen anzupassen, damit die Landesgrenzen wieder bewacht und systematische Grenzkontrollen durchgeführt werden können. Auf Asylgesuche von Migrantinnen und Migranten aus Schengen-Dublin-Staaten soll gemäss Motion nicht eingetreten werden. Die SVP ist einmal mehr die einzige Partei, die für einen systematischen Grenzschutz und somit für eine sichere Schweiz kämpft.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/16): Asyl- und Aussenpolitik

Kostenbremsen im Asylwesen

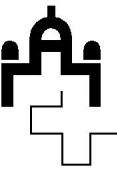
- Der von der Finanzkommission des Ständerates stammende Vorstoss (23.4351) beauftragt den Bundesrat, Massnahmen für Kostenbremsen im Asylbereich zu treffen, indem er insbesondere finanzielle Anreize für einen effizienten Asyl-Vollzug setzt und das Malus-System des bereits bestehenden Asyl-Gesetzes konsequent anwendet. Der Ständerat nahm den Vorstoss oppositionslos an, der nun weiter in die zuständige Kommission des Nationalrates geht.

Kein Fonds für den Wiederaufbau der Ukraine

- In den beiden gleichlautenden Motionen der Finanzkommission des Nationalrates (23.4350) und von SP-Ständerätin Franziska Roth (23.4438) sollte der Bundesrat beauftragt werden, einen Fonds zugunsten des Wiederaufbaus der Ukraine zu schaffen. Der zur Verfügung gestellte Betrag hätte ausserordentlich verbucht werden und nicht zu Lasten des ordentlichen Budgets der Internationalen Zusammenarbeit gehen sollen. Die Höhe des eingelegten Betrags hätte sich an der Angemessenheit im internationalen Vergleich orientieren sollen. Der Nationalrat lehnte den Vorstoss mit 111 zu 71 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab, Ständerätin Roth zog ihren Vorstoss zurück.

Keine Finanzhilfen für gewalttätige Organisationen im Nahen Osten

- Die Motion der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates (23.4338), die auf die Initiative von SVP NR Roland Büchel zurückgeht, fordert, dass die Schweiz die Finanzierung von Organisationen und Institutionen im Nahen Osten einstellt, wenn diese Akteure mit Hass und Gewalt in Verbindung gebracht werden. Eine linke Minderheit beantragte die Motion abzulehnen. Die Mehrheit des Nationalrats nahm die Motion mit 118 (davon 61 SVP) zu 59 Stimmen bei 3 Enthaltungen an. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/16):

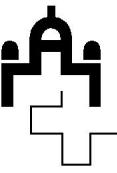
Verkehrspolitik I

Tempo 50 auf Hauptverkehrs- achsen

- Die Bestimmungen des Strassenverkehrsgesetzes sollen so angepasst werden, dass die Hierarchie und die verschiedenen Funktionen des Schweizer Strassennetzes innerorts und ausserorts respektiert werden. Der Vorstoss der FDP (21.4516) wurde nötig, da zunehmend die Herabstufung von Hauptverkehrsachsen gefordert wird. Insbesondere soll Tempo 50 auf innerörtlichen verkehrorientierten Strassen garantiert bleiben. Ebenfalls die Möglichkeit, die Geschwindigkeit auf Tempo 30 auf Siedlungsstrassen zu reduzieren. Die Motion wurde vom Nationalrat in der Herbstsession mit 102 zu 79 Stimmen angenommen. Der Ständerat hat sie nun ebenfalls mit 25 zu 15 Stimmen angenommen. Der Bundesrat muss nun eine Vorlage ausarbeiten.

Grosszügige Ausbau- programme der Bahn- infrastruktur

- Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 16. August 2023 die neue Langfriststrategie «Perspektive BAHN 2050» und die Botschaft zum Stand der Eisenbahn-Ausbau Schritte verabschiedet (23.055). Dabei geht es um Anpassungen und Erweiterungen bereits beschlossener Projekte. Der Bundesrat beantragt dem Parlament für die Erweiterung wichtiger Ausbauprojekte sowie für Mehrkosten zusätzliche 2,6 Milliarden Franken aus dem Bahninfrastrukturfonds. Der Ständerat hat in der Wintersession die Liste mit einigen Projekten in der ganzen Schweiz ergänzt und die Vorlage in der Gesamtabstimmung einstimmig angenommen. Der Nationalrat ist nun dem Ständerat in allen Punkten gefolgt. In der Schlussabstimmung nahmen beide Räte die Vorlage mit 188 zu 3 Stimmen bei 0 Enthaltungen beziehungsweise einstimmig an.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/16):

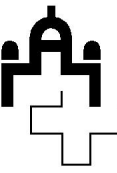
Verkehrspolitik II

Mehr
Subventionen für
Autoverlade-
Anlagen

- Der Bundesrat hat beschlossen, die Autoverlade-Anlagen von nationaler Bedeutung mit weiteren 40 Millionen Franken zu unterstützen. Er möchte zudem die Finanzierung des Autoverlads moderat anpassen und schlägt dazu vor, dass die Bahnen das Rollmaterial künftig über Bankkredite finanzieren. Der Nationalrat hat den Kredit zur Unterstützung der Auto-Verladestationen am Lötschberg, an der Furka, an der Vereina und zusätzlich am Simplon in der Wintersession auf 46 Millionen Franken erhöht (23.054). Der Ständerat hat dieser Erhöhung einstimmig bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

Elektroschock-
pistolen für
Transportpolizei

- Die Motion (23.4291) von SVP-Nationalrat Michael Buffat fordert vom Bundesrat, dass von der Transportpolizei Elektroschockpistolen verwendet werden dürfen, neben den anderen Hilfsmitteln und Waffen, die nach Artikel 4 der Verordnung über die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr (VST) bereits zulässig sind. Der Nationalrat nahm den Vorstoss mit 132 zu 60 Stimmen deutlich an. Die Motion geht weiter an den Ständerat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/16): Energie- und Umweltpolitik I

Prüfung des Neubaus von Kernkraftwerken

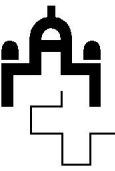
- Der Ständerat hat ein Postulat (23.4152) angenommen, welches zur Sicherung der Stromversorgung die Prüfung des Neubaus von Kernkraftwerken (KKW) als "mögliches Szenario" fordert. Im Bericht soll die Landesregierung aber auch aufzeigen, wie sich der Strommix in der Schweiz entwickelt und wie viele Stromerzeugungsanlagen bis 2030 aufgebaut werden müssen. Das Postulat wurde - mit Abweichungen – von den Vertretern der Mitte, der FDP und der SVP angenommen, während Grüne und SP es ablehnten.

Neues CO₂-Gesetz

- Nationalrat und Ständerat einigten sich auf ein neues CO₂-Gesetz (22.061). Positiv am neuen Gesetz ist zu werten, dass von Links beantragte Verschärfungen verhindert werden konnten, negativ hingegen, dass grosse Eingriffe in die freie Wirtschaftsordnung weitergeführt sowie die Bürger bevormundet werden. Zusammenfassend soll die Reduktion der Treibhausgase mehrheitlich im Inland erfolgen, jedoch ohne vorgegebene Quote. Die CO₂-Abgabe bleibt weiterhin bei 120 Franken pro Tonne CO₂. Neue Autos dürfen ab 2030, analog zur EU, nur noch 49.5 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstossen. Für Ladestationen für Elektroautos in Mehrfamilienhäusern gibt es weiterhin keine Fördergelder. In der Schlussabstimmung nahmen beide Räte die Vorlage mit 122 zu 42 (alle SVP) Stimmen bei 27 (7 SVP) Enthaltungen beziehungsweise mit 42 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltungen an.

Freiraum bei landwirtschaftlichen Bauten

- Der Nationalrat hat eine Motion (23.3717) von Thomas Burgherr mit 95 zu 93 Stimmen (4 Enth.) angenommen, welche den Bundesrat auffordert, Massnahmen einzuleiten, sodass das Volumen von stillgelegten Bauernhöfen, welche voll erschlossen sind (Verkehr, Strom, Wasser usw.), besser genutzt werden kann. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.



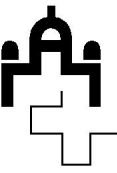
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/16): Energie- und Umweltpolitik II

**Stärkung der
Kreislauf-
wirtschaft findet
Zustimmung**

**Isos soll die
bauliche
Entwicklung und
Verdichtung
lenken, aber
nicht verhindern**

**Rückverteilung
der CO₂-Abgabe
an Haushalte**

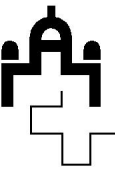
- National- und Ständerat sind sich einig geworden, wie in der Schweiz die Kreislaufwirtschaft gestärkt werden soll (20.433). Beide Räte finden, dass der Bundesrat nicht explizit die Kompetenz haben soll, Detailhändlern Vorgaben zur Entsorgung unverkaufter biogener Produkte zu machen. Gemeint sind etwa Lebensmittel und Topfpflanzen. Auch soll der Bundesrat Detailhändler nicht ausdrücklich anweisen können, diese Produkte Biogasanlagen zuzuführen, welche in der Lage sind, Plastikverpackungen auszusortieren. In der Schlussabstimmung nahmen beide Räte die Vorlage mit 126 zu 65 Stimmen beziehungsweise einstimmig an.
- Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat eine Motion (23.3435) von Jakob Stark (SVP) mit 161 zu 24 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Der Bundesrat wird somit beauftragt, dem Parlament eine Botschaft zur Anpassung des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG) zu unterbreiten, dass die Bestimmungen über die Inventare von Objekten von nationaler Bedeutung so anpasst, dass ein Abweichen von der ungeschmälernten Erhaltung im Sinne der Inventare bei der Erfüllung einer kantonalen oder kommunalen Aufgabe in Erwägung gezogen und nach erfolgter Interessenabwägung bei ausgewiesenem öffentlichen Interesse auch bewilligt werden kann. Die Inventare sollen auch auf Begehren einer Planungsbehörde überprüft werden können.
- Der Nationalrat hat ein Postulat (23.4334) mit dem Prüfauftrag angenommen, ob die heutige Rückverteilung aus der CO₂-Lenkungsabgabe auf Brennstoffen durch ein neues System abgelöst werden könnte. Dieses sollte separat und für die Haushalte besser sichtbar ausgestaltet sein. Zudem ist die Möglichkeit eines Opt-Outs zu untersuchen.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/16): Energie- und Umweltpolitik III

Parlament lockert Zweitwohnungs- beschränkung

- Das Parlament lockert Baubeschränkungen in Gemeinden mit vielen Zweitwohnungen (20.456). Häuser, die vor dem März 2012 gebaut worden sind, sollen abgerissen, neu aufgebaut, saniert, in einem gewissen Grad erweitert und uneingeschränkt genutzt werden dürfen. Mit 27 zu 11 Stimmen - gegen den Willen von SP und Grünen und mit fünf Enthaltungen - stimmte die kleine Kammer als Zweitrat zu. Konkret sollen vor dem 11. März 2012 erstellte Gebäude - an jenem Tag wurde die Zweitwohnungsinitiative an der Urne angenommen - bei Sanierungen sowie nach einem Abbruch und Wiederaufbau um bis zu dreissig Prozent vergrössert und neue Wohnungen eingerichtet werden dürfen. Einschränkungen für die Nutzung soll es in diesen Fällen nicht geben. Die geltenden Vorschriften verhinderten Investitionen. Zudem ist zu beachten, dass die Vorschriften energetische Sanierungen in Altbauten verhindern könnten. Es müsse möglich sein, diese Häuser nach modernen Standards umzubauen. In der Schlussabstimmung nahmen beide Räte die Vorlage mit 121 zu 64 Stimmen bei 5 Enthaltungen beziehungsweise mit 28 zu 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen an.



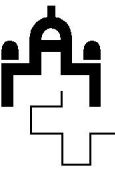
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/16): Kommunikationspolitik

**Akquisitionen
der Post
innerhalb ihres
Leistungs-
auftrags**

**Unterstellung
unter eidg.
Finanzkontrolle
der SRG.SSR**

**Bekämpfung von
Hassreden im
Internet**

- Der Vorstoss (21.4595) von Mitte-Nationalrat Rechsteiner verlangt, dass Akquisitionen ausserhalb des Leistungsauftrags der Post dem Bundesrat zur Genehmigung vorgelegt und zuhanden der verantwortlichen Parlamentskommission begründet werden müssen. Die Eignerstrategie ist entsprechend anzupassen. Der Vorstoss wurde vom Nationalrat in der Herbstsession mit Unterstützung der geschlossenen SVP-Fraktion knapp angenommen. Der Ständerat stimmte nun ebenfalls mit 23 zu 17 Stimmen zu.
- Mit dieser Parlamentarischen Initiative (22.498) soll das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen dahingehend geändert werden, dass die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) der Finanzaufsicht durch die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) unterstellt wird. Der Nationalrat hat dem Vorstoss auf Antrag der Minderheit von SVP-Nationalrat Gregor Rutz mit 111 zu 77 Stimmen bei 5 Enthaltungen Folge gegeben. Als nächstes wird sie in der zuständigen Kommission des Ständerates vorgeprüft.
- Der Vorstoss (23.4530) von Ständerat Mauro Poggia beauftragt den Bundesrat, Massnahmen zu ergreifen, damit Sender und Verlage, die direkte oder indirekte Subventionen von öffentlichen Gemeinwesen auf Bundes-, Kantons- oder Gemeindeebene erhalten, die Verfasser von Kommentaren in Diskussionsforen oder anderen öffentlichen Kommentaren durch die Angabe von deren Identität für die Öffentlichkeit identifizierbar machen. Die Motion wurde vom Ständerat auf Antrag von SVP-Ständerat Pirmin Schwander der zuständigen Kommission zur Vorprüfung zugewiesen.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/16): Landwirtschaftspolitik I

**Einkommen der
Milchbauern
erhöhen sich**

- Die Motion (21.4124) von SVP-Nationalrat Jacques Nicolet beauftragt den Bundesrat, durch Änderungen im Landwirtschaftsgesetz sicherzustellen, dass die Zulage von 15 Rappen für verkäste Milch effektiv den Milchproduzenten zufließt. Ständerat Werner Salzman verteidigte die Motion in der kleinen Kammer und argumentierte, dass Milchzulagen nicht dazu führen sollen, dass billige Import-Milch beschafft oder Preisdumping betrieben wird. Die Motion wurde mit 29 Stimmen zu 15 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen. Da diese bereits zuvor in der grossen Kammer angenommen wurde, muss der Bundesrat diese nun umsetzen.

**Wieder-
herstellung der
Transparenz in
der Tierverkehrs-
datenbank**

- In ungefähr dreissig grösseren Schlachtbetrieben wird die neutrale Qualitätseinstufung der Schlachtkörper durchgeführt. Aus diesen Schlachtbetrieben werden die Schlachtgewichte an die Tierverkehrsdatenbank übermittelt. Bis Ende 2020 wurde in der Tierverkehrsdatenbank das Schlachtgewicht aller früheren Halter eines Tieres angezeigt. Am 25. November 2020 hiess das Bundesverwaltungsgericht einen Rekurs gegen diese Praxis wegen fehlender rechtlicher Grundlage gut. In der Folge musste die Anzeige des Schlachtgewichts in der Tierverkehrsdatenbank unterlassen werden. Der Motionär SVP-Nationalrat Marcel Dettling möchte dies rückgängig machen, weil es für die Züchterinnen und Züchter sehr wichtig sei, dass sie diese Daten einsehen können. Eine vom Bundesrat vorgeschlagene Textänderung der Motion wurde einstimmig von der kleinen Kammer angenommen. Dabei sollen insbesondere auch alle früheren Tierhalter, zurück bis zum Geburtsbetrieb, das Schlachtgewicht erfahren können. Der Nationalrat wird sich als nächstes mit der geänderten Motion auseinandersetzen.



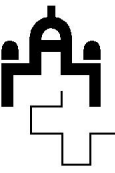
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (10/16): Landwirtschaftspolitik II

Anrechnung von Biodiversitätsleistung anstatt Abbau von Ackerflächen

Anrechnung von QII-Wiesen und -Hecken an die zusätzlichen 3,5 Prozent Bioflächen

Keine Einführung von 3,5 Prozent Biodiversitätsförderflächen

- Eine Motion (22.4567) von SVP-Nationalrat Manuel Strupler fordert die Anrechnung von Biodiversitätsleistungen auf Ackerflächen, damit keine neuen Biodiversitätsförderflächen auf Kosten der Ackerflächen entstehen. Diese Leistungen sollen auch in Randbereichen, als Fahrgassen, als Untersaaten oder direkt angrenzend zu den Ackerflächen einbezogen werden. Diese Anrechnung soll mittels eines Punktesystems ermöglicht werden. Der Nationalrat unterstützte die Motion mit 94 zu 89 Stimmen bei 8 Enthaltungen. Sie geht nun an den Ständerat.
- Eine Motion (22.4569) von SVP-Nationalrat Manuel Strupler forderte, die Verordnung und gesetzlichen Vorschriften zu den 3,5 Prozent Biodiversitätsförderflächen (BFF) auf offenen Ackerflächen so anzupassen, dass die Qualitätsstufe 2 (Q2) Wiesen und Hecken, welche auf und direkt angrenzend an die Ackerflächen stehen, zusätzlich zu den vorgeschlagenen BFF-Ackerbauelementen angerechnet werden können. Der Nationalrat unterstützte die Motion mit 102 zu 82 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Sie wird als nächstes im Ständerat beraten.
- Eine Motion (22.3819) von SVP-Nationalrat Jacques Nicolet zielt auf die Abschaffung der Verpflichtung von zusätzlichen 3.5% Biodiversitätsförderflächen in der Landwirtschaft ab. Der Motion unterstrich die Folgen der weltweiten Getreideknappheit aufgrund des Ukraine-Krieges und somit die Notwendigkeit der Erhaltung der Ackerfläche in der Schweiz. Die SVP stimmte geeint für diese Motion und obsiegte im Rat mit 94 zu 89 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Als nächstes befindet der Ständerat über die Motion.



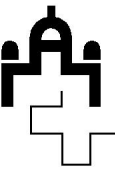
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (11/16): Gesundheits- und Sozialpolitik I

Abschaffung der Alters- kinderrenten

- Eine Motion (24.3004) der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) fordert die Abschaffung von Kinderrenten für AHV-Bezüger. Ein Drittel dieser Alterskinderrenten fliesst ins Ausland, wo die Kaufkraft oftmals um ein vielfaches höher als in der Schweiz ist. Die von SVP, FDP, Mitte und GLP unterstützte Motion wurde mit 117 zu 62 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Sie geht nun an den Ständerat.

Familienzulagen: Einführung Lastenausgleich

- In Umsetzung der Motion 17.3860 präsentiert der Bundesrat seinen Vorschlag zur Einführung eines Lastenausgleichs bei Familienzulagen (23.050). Dieser soll durch die Kantone geregelt werden und schreibt die Pflicht zum Lastenausgleich vor. Im Nationalrat wurde in der Wintersession der Minderheitsantrag auf Nichteintreten von SVP-Nationalrätin Martina Bircher abgelehnt. Dafür entschied der Nationalrat anstelle eines vollen Lastenausgleichs nur einen Teillastenausgleich vorzuschreiben. In der Schlussabstimmung nahmen beide Räte die Vorlage mit 150 (38 SVP) zu 35 (26 SVP) Stimmen bei 6 (2 SVP) Enthaltungen beziehungsweise mit 33 zu 11 Stimmen an.



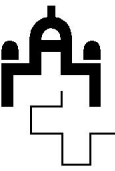
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (12/16): Gesundheits- und Sozialpolitik II

Für eine
nationale
Armutsstrategie

- Der Nationalrat nimmt mit 117 zu 59 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Motion (23.4450; 23.4454) an, welche die Weiterführung des Programms zur Prävention von Armut durch die Verabschiedung einer nationalen Strategie verlangt. Der Bundesrat hatte die Motion zur Ablehnung empfohlen und darauf hingewiesen, dass die Arbeiten in diesem Bereich bereits im Gange seien. Verschiedene externe Evaluationen seien im Gange und die Annahme der Motion würde der Notwendigkeit, die Ergebnisse dieser Evaluationen abzuwarten, nicht Rechnung tragen. Die Motion geht somit an den Ständerat, der sich noch nicht dazu geäußert hat. Die kleine Kammer hat eine gleichlautende Motion zur Vorberatung an die zuständige Kommission überwiesen.

400 Millionen
Franken für die
digitale
Transformation
im Gesund-
heitswesen

- Die Digitalisierung im schweizerischen Gesundheitswesen soll beschleunigt und damit die Effizienz des Gesundheitssystems, die Behandlungsqualität und die Patientensicherheit erhöht werden. Der Bundesrat hat dazu das Programm zur Förderung der digitalen Transformation im Gesundheitswesen (DigiSanté) verabschiedet und die Botschaft über einen entsprechenden Verpflichtungskredit von knapp 400 Millionen Franken an das Parlament überwiesen (23.076). Mit 127 zu 64 Stimmen nahm der Nationalrat den Verpflichtungskredit in der Gesamtabstimmung an. Der Antrag auf Nichteintreten fand bei den anderen Parteien kein Gehör, ebenso wenig die Kompensation der zusätzlichen Stellen innerhalb des EDI. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.



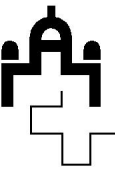
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (13/16): Gesundheits- und Sozialpolitik III

Übergangs- finanzierung des elektronischen Patienten- dossiers

- Das elektronische Patientendossier (EPD) erreichte bisher nicht die gewünschte Verbreitung in der Bevölkerung. Insgesamt wird das EPD von fast allen involvierten Akteuren als ungenügend eingestuft. Dennoch fordert der Bundesrat nun, dass es mit genau diesem Projekt weiter geht und dass Bund und Kantone jeweils 30 Millionen Franken in eine Übergangsförderung investieren sollen, bis ein neues Nachfolgesystem gefunden worden ist (23.061). Ein Antrag von SVP-Nationalrat Thomas de Courten auf Nichteintreten blieb chancenlos. In der Schlussabstimmung nahmen beide Räte die Vorlage mit 106 (14 SVP) zu 74 (49 SVP) Stimmen bei 11 (3 SVP) Enthaltungen beziehungsweise mit 28 zu 6 Stimmen bei 10 Enthaltungen an.

Freie Wahl der Wohnform und des Wohnortes für Menschen mit Behinderungen von Nationalrat angenommen

- Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates beauftragt den Bundesrat (24.3003), durch eine Revision des Bundesgesetzes über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) sowie der weiteren damit verbundenen Bundesgesetze angepasste Rechtsgrundlagen zu schaffen. Damit sollen Menschen mit Behinderungen ihre Wohnform sowie ihren Wohnort frei wählen können sowie die hierzu nötige Unterstützung erhalten. Bei der Wahl der Wohnform soll – wie bei jedem staatlichen Handeln – das Verhältnismässigkeitsprinzip gemäss der Bundesverfassung beachtet werden. Die SVP und der Bundesrat sehen genau diese Verhältnismässigkeit durch den Vorstoss gefährdet. Der Nationalrat nahm die Kommissionsmotion gegen die Minderheiten des Bundesrates und von SVP-Nationalrat Andreas Glarner mit 128 zu 52 (49 SVP) Stimmen bei 4 Enthaltungen an.

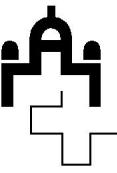


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (14/16): Steuern und Abgaben I

**Lottogewinner
können
steuerrechtlichen
Wohnsitz nicht
mehr ändern**

**Steuerrechtliche
Home-Office
Regelung für
französische
Grenzgänger**

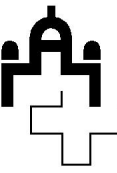
- Eine Motion (23.3701) forderte, dass Personen, welche Lotteriegewinne von höher als eine Million Franken verzeichnen, ihren steuerrechtlichen Wohnsitz in Bezug auf diesen konkreten Lotteriegewinn nicht mehr verändern können. Bislang war es möglich bis Ende Jahr den steuerrechtlichen Wohnsitz zu ändern. SVP und FDP wehrten sich gegen diese steuerrechtliche Spezialregelung, aber unterlag mit 96 zu 88 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Da der Ständerat die Motion bereits annahm, muss der Bundesrat nun eine Vorlage ausarbeiten.
- Das Kernelement der vorliegenden Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) mit Frankreich ist eine Anpassung im Bereich der Telearbeit. Das Home-Office hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und stellt auch das Steuerrecht vor Herausforderungen, insbesondere dann, wenn die Arbeitnehmenden in einem anderen Staat leben, als sie angestellt sind, also wenn es sich um Grenzgänger handelt. Der Grundsatz im bestehenden Abkommensnetz der Schweiz ist, dass in der Regel derjenige Staat besteuern darf, in dem die Person angestellt ist und physisch ihre Arbeit ausführt. Ist eine in Frankreich wohnhafte Person bei einem Schweizer Unternehmen angestellt, ist diese Person für den vollen Lohn in der Schweiz steuerpflichtig, auch wenn sie bis zu 40 Prozent in Form von Telearbeit in Frankreich arbeitet.
- Das DBA sieht sodann eine Ausgleichszahlung für Telearbeit zugunsten des Wohnsitzstaates der Arbeitnehmer vor. Im konkreten Fall behält die Schweiz 60 Prozent der Steuereinnahmen, die auf die Telearbeit in Frankreich entfallen, 40 Prozent gehen an Frankreich. Die Vorlage (23.080) wurde mit 180 zu 1 Stimme angenommen und geht nun an den Ständerat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (15/16): Steuern und Abgaben II

**Einführung der
Tonnagesteuer
auf Seeschiffen
wird nun
abgelehnt**

- Die Seeschifffahrt ist für die Weltwirtschaft von zentraler Bedeutung. Rund 90 Prozent aller weltweit hergestellten Güter werden heute mindestens einmal über die Weltmeere transportiert, das gilt auch für die Güter der Schweiz. Viele Staaten erlauben eine freiwillige Besteuerung von Seeschiffen nach Ladekapazität dieser Schiffe, anstatt den tatsächlichen erwirtschafteten Gewinn oder Verlust zu besteuern. Die vorberatende Kommission argumentierte jedoch, dass die finanziellen Konsequenzen völlig unklar seien, falls die Tonnage Tax, als neues steuerpolitisches Instrument, eingeführt werde. Zudem würde die Tonnage Tax Begehren von anderen Branchen nähren, welche ihrerseits auch vorteilhafte alternative Besteuerungsinstrumente fordern könnten. Bundesrätin Karin Keller-Sutter argumentierte vergebens, dass gemessen an der Tonnage die in der Schweiz ansässigen Seeschifffahrtsunternehmen weltweit Platz 9, in Europa sogar Platz 4 einnehmen, und deshalb die gleichen steuertechnischen Spiesse benötigen. Die kleine Kammer trat mit 29 zu 15 Stimmen nicht auf die Vorlage (22.035) ein. Deshalb geht sie zurück an den Nationalrat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (16/16): Finanzplatzpolitik

**Topverdiener von
system-
relevanten
Banken in die
Pflicht nehmen**

- SVP-Nationalrat Thomas Burgherr fordert in seinem Vorstoss (23.3462) den Bundesrat auf, Massnahmen zu ergreifen, um das oberste Kader von systemrelevanten Banken stärker in die Verantwortung zu ziehen. Falls eine systemrelevante Bank an die Wand gefahren wird und der Bund mit öffentlichen Geldern die Bank retten muss, wie die UBS im Jahr 2008, oder die Credit Suisse im Jahr 2023, soll das oberste Kader 50 Prozent des Gesamteinkommens (regulärer Lohn zuzüglich Boni) der letzten 10 Jahre, an die Bank zurückbezahlen. Die Motion wurde vom Nationalrat mit 120 zu 55 Stimmen bei 18 Enthaltungen angenommen. Die Motion geht somit weiter an den Ständerat.

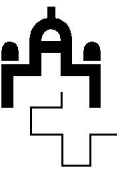
**Freizügigkeits-
und Säule-3a-
Guthaben besser
absichern**

- Die Motion (23.3604) fordert eine Gesetzesänderung, mit dem Ziel die Freizügigkeits- und Säule-3a-Gelder künftig bei Konkursen der institutionellen Verwalter diese Gelder besser zu schützen. Ebenso soll die Änderung vorsehen, dass die Auszahlung der Vorsorgeguthaben an die Vorsorgestiftungen ausserhalb der Konkursmasse erfolgen kann. Der Motionär war auch der Meinung, dass der aktuell abgesicherte Maximalbetrag von 100 000 Franken objektiv zu tief sei. Der Nationalrat nahm die Motion mit 131 zu 2 Stimmen bei 51 Enthaltungen an. Da der Ständerat bereits die Motion annahm, muss der Bundesrat eine Vorlage ausarbeiten.

**Kommissions-
zuweisung des
Too-big-to-fail-
Vorstosses**

- Der Vorstoss der SVP-Fraktion (23.3456) beauftragt den Bundesrat, der Bundesversammlung eine Gesetzesrevision zu unterbreiten, die sicherstellt, dass keine Schweizer Bank mehr "zu gross ist, um unterzugehen" (too big to fail). Sollte dies nicht möglich sein, sind die "Too big to fail"-Banken zu verpflichten, ihre Bankteile, die sie "too big to fail" machen, zu veräussern oder stillzulegen. Der Vorstoss wurde vom Nationalrat mit 108 zu 75 Stimmen bei 7 Enthaltungen der zuständigen Kommission zur Vorprüfung zugewiesen.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

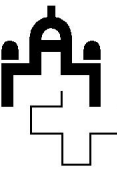
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Sommer 2024: 27. Mai – 14. Juni 2024**
- **Herbst 2024: 9. – 27. September 2024**
- **Winter 2024: 2. – 20. Dezember 2024**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder zu zweit:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**



Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni 2024

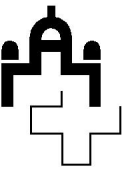
- Volksinitiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»;
- Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»;
- Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»;
- Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes).

NEIN

NEIN

JA

**Parolenfassung
am 23. März 2024**



Haben Sie Fragen?